

Teilstoffplan Europarecht

für die

Arbeitsgemeinschaft 4.6
(Internationales Recht und Europarecht)

(überarbeitet Mai 2015)

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung

Seite 3

Teilgebiet: Europarecht

Seite 4

Vorbemerkung

Dieser Teilstoffplan umreißt die Rechtsgebiete, die im europarechtlichen Teil der Arbeitsgemeinschaft 4.6 - des Pflichtwahlpraktikums - behandelt werden können. Er soll insoweit als Leitlinie und Orientierungshilfe für Rechtsreferendare und Arbeitsgemeinschaftsleiter dienen. Er hat nicht zum Ziel, den Prüfungsstoff des § 58 Abs. 3 Nr. 6 lit. b) JAPO erschöpfend zu umschreiben oder verbindlich auszulegen.

Infolge der Dynamik der Materie und der häufig sehr unterschiedlichen Vorkenntnisse der Teilnehmer bleibt es den Arbeitsgemeinschaftsleitern überlassen, eine andere Reihenfolge zu wählen, Schwerpunkte anders zu setzen oder andere als die in dem Stoffplan genannten Themen zu behandeln.

Ein besonderes Augenmerk sollte in den Arbeitsgemeinschaften auch auf aktuelle Entwicklungen des Europarechts gelegt werden.

Teilstoffplan: Europarecht

A. Überblick

I. Geschichte der europäischen Einigung und Bedeutung im politischen Kontext

insbesondere:

- *Historische Entwicklung der europäischen Einigung*
- *Darstellung verschiedener Integrationsmodelle*
- *Politische und wirtschaftliche Bedeutung*
- *Abgrenzung zu anderen Organisationen in Europa*
- *Perspektiven / Ausblick*

II. Europarecht im engeren Sinne

1. Begriff
2. Aufbau und Rechtsnatur der Europäischen Union
3. Verhältnis von Union und Mitgliedstaaten / Verfassungsrechtliche Grundlagen der Gründungsverträge
4. Völkerrechtliche Stellung der Europäischen Union

insbesondere:

- *Völkerrechtliche Rechtspersönlichkeit der Europäischen Union*
- *Abschluss völkerrechtlicher Verträge durch die Europäische Union*
- *Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen*
- *Beziehungen der Europäischen Union zu Drittstaaten*
- *Beitritt von Drittstaaten zur Europäischen Union*

B. Die Organe der Europäischen Union

I. Allgemeines

II. Der Rat

1. Zusammensetzung / Gremien
2. Aufgaben
3. Beschlussfassung
4. Mitwirkungsrechte des Bundestags und der Bundesländer bei der Beschlussfassung des Rates

III. Die Europäische Kommission

1. Zusammensetzung
2. Aufgaben und Selbstverständnis
3. Beschlussfassung
4. Haushaltsrecht

IV. Das Europäische Parlament

1. Zusammensetzung
2. Aufgaben und Selbstverständnis
3. Beschlussfassung
4. "Demokratisches Defizit" der Union?
5. Wahlen zum Europäischen Parlament

V. Der Gerichtshof der Europäischen Union

1. Zusammensetzung
2. Aufgaben und Selbstverständnis
3. Verfahrensarten im Überblick
4. Methodik des EuGH bei der Rechtsprechung

VI. Der Europäische Rat

1. Zusammenfassung
2. Aufgaben und Selbstverständnis

VII. Weitere Organe und Einrichtungen im Überblick

beispielsweise:

- *Rechnungshof*
- *Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss*
- *Europäischer Ausschuss der Regionen*
- *Europäische Zentralbank*

C. Grundlagen des Unionsrechts

I. Rechtsquellen des Unionsrechts

1. Primäres Unionsrecht

- a) Geschriebenes Primärrecht
- b) Ungeschriebenes Primärrecht
 - *Allgemeine Rechtsgrundsätze*
 - *Gewohnheitsrecht*

2. Völkerrechtliche Abkommen der EU mit Drittländern

beispielsweise:

- *Assoziierungsabkommen*
- *Kooperationsabkommen*
- *Handelsabkommen*

3. Sekundäres Unionsrecht

- a) Richtlinie
- b) Verordnung
- c) Beschluss
- d) Weiteres abgeleitetes Unionsrecht

II. Rechtsetzung

1. Kompetenzen

- a) Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung; implied powers; Art. 352 Abs. 1 AEUV
- b) Subsidiaritätsgrundsatz

2. Rechtsetzungsverfahren

- a) Formelle Anforderungen
 - aa) Begründungspflicht, Art. 296 AEUV
 - bb) Ausfertigung und Bekanntmachung, Art. 297 AEUV
- b) Verfahrensarten
 - aa) Ordentliches Gesetzgebungsverfahren Art. 289 Abs. 1, 294 AEUV

- bb) Besondere Gesetzgebungsverfahren, Art. 289 Abs. 2 AEUV
Anhörungsverfahren (z. B. Art. 89 Satz 2, 21 Abs. 3, 77 Abs. 3, 81 Abs. 3 AEUV)
Zustimmungsverfahren (z. B. Art. 19 Abs. 1, Art. 25 Abs. 2, Art. 86 Abs. 1 AEUV)
- cc) Rechtsakte ohne Gesetzescharakter; Einfaches Verfahren für Rechtshandlungen eines Unionsorgans ohne Vorschlag der Kommission; beispielsweise Art. 290, Art. 291 AEUV

III. Begrenzung der Rechtsetzung durch Unionsgrundrechte

- 1. Historische Entwicklung
- 2. Darstellung einzelner Unionsgrundrechte an Fallbeispielen

IV. Verhältnis zum nationalen Recht

- 1. Vertragliche Konzeption
 - a) Regelfall
 - b) Kollisionsfall
- 2. Fortentwicklungen in der Rechtsprechung
 - a) Anwendungsvorrang
 - b) Europarechtskonforme Auslegung
 - c) Unmittelbare Wirkung
 - d) Staatshaftung

V. Vollzug des Unionsrechts

- 1. Unionsunmittelbarer / Direkter Vollzug
 - a) Unionsinterner Bereich
 - b) Unionsexterner Bereich
 - c) Regeln für den direkten Vollzug
- 2. Mitgliedstaatlicher / Indirekter Vollzug
 - a) Unmittelbarer Vollzug

insbesondere:

- *Rückforderung von Subventionen der EU*
- *Sofortvollzug des Unionsrechts und einstweiliger Rechtsschutz*

b) Mittelbarer Vollzug

c) Modifikation des nationalen Verwaltungsrechts in rein nationalen Fällen

VI. Rechtsschutzsystem

1. Allgemeines
2. Vorabentscheidungsverfahren
3. Vertragsverletzungsverfahren
4. Nichtigkeitsklage
5. Weitere Klagearten im Überblick

D. Materielles Unionsrecht

I. Grundfreiheiten

1. Historische Entwicklung und gemeinsame Prinzipien, Begriff des Binnenmarktes

2. Einzelne Grundfreiheiten

Angesichts der Vielzahl hierzu ergangener Entscheidungen des EuGH wird eine erschöpfende Behandlung der Grundfreiheiten im Rahmen der Arbeitsgemeinschaften nicht möglich sein. Es sollte daher vor allem anhand einer beispielhaften Erörterung einzelner Grundfreiheiten versucht werden, die Struktur der Grundfreiheiten und die Bedeutung der EuGH-Rechtsprechung für die Entwicklung des Binnenmarktes herauszuarbeiten.

3.. Diskriminierungsverbote

insbesondere:

- *Art. 18 AEUV*
- *Art. 157 AEUV*

4. Unionsbürgerschaft, Art. 20 AEUV

II. Rechtsangleichung

1. Ziele und Grenzen der Rechtsangleichung

2. Rechtsgrundlagen im Allgemeinen

3. Art. 114 AEUV im Besonderen

III. Grundzüge des Wettbewerbsrechts

1. Vergaberecht in Grundzügen

insbesondere:

- *Bedeutung des Vergaberechts für die Entwicklung des Binnenmarktes*
- *Darstellung des Vergaberechts anhand ausgewählter Beispiele (beispielsweise Richtlinie 89/665/EWG)*
- *Zulässige Eignungs- und Zuschlagskriterien*
- *Rechtsschutzmöglichkeiten*

2. Staatliche Beihilfen

insbesondere:

- *Vereinbarkeit und Unvereinbarkeit staatlicher Beihilfen, Art. 107 AEUV*
- *Beihilfenaufsicht durch die Kommission, Art. 108 AEUV*
- *Verordnung (EG) Nr. 659/1999*

IV. Grundzüge der Gemeinsamen Handelspolitik

1. Grundlagen und Bedeutung

insbesondere:

- *Bedeutung im wirtschaftlichen und politischen Kontext*
- *Systematik und Funktionsweise*

2. Unionskompetenzen nach Art. 207 AEUV

3. Wesentliche Instrumente der Gemeinsamen Handelspolitik

V. Grundzüge der Wirtschafts- und Währungsunion

1. Grundlagen und Bedeutung

insbesondere:

- *Historische Entwicklung*
- *Koordinierung der Wirtschaftspolitik*
- *"Stabilitäts- und Wachstumspakt"*
- *Verwirklichung der Währungsunion, Konvergenzkriterien No-bail-out-Klausel, Art. 125 AEUV*

2. Defizitverfahren, Art. 126 AEUV

43 Die Finanzkrise und die Europäische Union

VI. Grundzüge der Sozialpolitik

1. Soziale Sicherung von Wanderarbeitnehmern

insbesondere:

- *Wesentliche Rechtsgrundlagen im Primärrecht*
- *Bedeutung für die Verwirklichung des Binnenmarktes*
- *Verordnung 883/2004*

2. Gleichstellung von Mann und Frau, Art. 157 AEUV

E. **Reste Intergouvernementaler Zusammenarbeit im Rahmen der EU**

1. Supranationale Rechtsnatur der EU vgl. o. A. II

2. Rechtsquellen der GASP Art. 23 ff EUV

a) Primärrecht

b) Sekundärrecht (anhand ausgewählter Beispiele)

3. Verhältnis zum nationalen Recht und zum EU-Recht

insbesondere:

- *Vertragliche Konzeption und Entwicklungen in der Rechtsprechung*
- *Rechtsschutzsystem*